



Niederschrift

35. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.09.2005
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

Anwesend sind:

Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE. PDS	
Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE. PDS	bis 19.25 Uhr (dann Wechsel mit Herrn Scharlock)
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE. PDS	
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE. PDS	ab 19.25 Uhr (Wechsel mit Herrn Kutzmutz)
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	Leitung der Sitzung
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 18.05 Uhr
Herr Blank, Stephan	CDU	ab 18.30 Uhr
Herr Blaser, Franz	SPD	
Herr Gernhardt, Thomas	BürgerBündnis	
Herr Dr. Jacob, Timo	DIE LINKE. PDS	
Herr Kleinert, Manfred	DIE LINKE. PDS	
Herr Pieper, Ronald	CDU	
Frau Reimers, Babette	SPD	
Herr Roos, Karl-Heinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Herr Träger, Hans-Otto	DIE LINKE. PDS	nicht teilgenommen
------------------------	----------------	--------------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung
- 2 Überweisungen - Vorlagen der Verwaltung
- 2.1 Beschluss zur Erweiterung und Teilung des Geltungsbereiches des B-Planes Nr.23 'Schiffbauergasse' Beschluss zur öffentlichen Auslegung des B-Plan-Entwurfes Nr. 23 B 'Schiffbauergasse-Süd' und zugleich öffentliche Auslegung der 11.Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 05/SVV/0673

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

- 2.2 Wiedervorlage - Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans-Nr. 35-1 'Nördliche Berliner Vorstadt'
Vorlage: 05/SVV/0653
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.3 Wiedervorlage - Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 65 'Ruinenbergkaserne' und zugleich die öffentliche Auslegung der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes 'Ruinenbergkaserne'
Vorlage: 05/SVV/0656
Herr Koppehele, Tel. 3215
- 2.4 Wiedervorlage - Abwägungs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 54 A 'Eigenheimsiedlung an der Kirschallee'
Vorlage: 05/SVV/0606
Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3 Überweisungen - Anträge der Fraktionen
 - 3.1 Garagenkomplexe in Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0272
Fraktion PDS
 - 3.2 Verkehrsanbindung Humboldttring - Nuthestraße
Vorlage: 05/SVV/0490
Fraktion PDS
 - 3.3 Sanierung Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 05/SVV/0491
Fraktion PDS
 - 3.4 Straßenreinigung wiederhergestellter Pflasterbeläge
Vorlage: 05/SVV/0631
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungsvorlagen
 - 4.1 Spindelstraße
Vorlage: 05/SVV/0463
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 4.2 Anpassung aller Satzungen der kreisfreien Stadt Potsdam in Bezug auf den Ersatz von Sozialhilfeleistungen durch Arbeitslosengeld II ab 01.01.2005
Vorlage: 05/SVV/0692
Verfasser : GB 3 und 2
- 5 Berichte und Informationen
 - 5.1 Berichterstattung - Darstellung der Kosten und Umlageverfahren für die Erschließungsmaßnahmen im Gersthofweg (Bornim) - {Bitte von Herrn Dr. Seidel}
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung**
- zu 2 **Überweisungen - Vorlagen der Verwaltung**

- zu 2.1 **Beschluss zur Erweiterung und Teilung des Geltungsbereiches des B-Planes Nr.23 'Schiffbauergasse' Beschluss zur öffentlichen Auslegung des B-Plan-Entwurfes Nr. 23 B 'Schiffbauergasse-Süd' und zugleich öffentliche Auslegung der 11.Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 05/SVV/0673**

Frau Hüneke stellt folgenden Änderungsantrag:

(neu) 7. Im Gewerbekomplex 1 und dem angrenzenden MK wird die max. Höhe auf 13,50 m festgesetzt.

Anhand von Fotos geht sie erläuternd auf die Sichtbeziehungen vom Babelsberger Park ein.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass es ihr aufgrund des derzeitigen Urlaubs von Herrn Prof. Dorgerloh nicht möglich war, nochmals mit ihm Rücksprache zu führen.

Herr Kock (Architekt) als weiterer Teilnehmer des Gespräches Beigeordnete/Prof. Dorgerloh berichtet aus seiner Sicht über das Gespräch. Dieser Bericht deckt sich vollinhaltlich mit dem der Beigeordneten in der letzten Sitzung

Nach weiteren Äußerungen der Teilnehmer, stellt Herr Dr. Seidel den Ergänzungsantrag, dass im Rahmen der Auslegung die Höhenentwicklung MK zu überprüfen ist.

Herr Jäkel äußert, dass er aufgrund der deckungsgleichen Aussagen von Herrn Kock in der letzten und in der heutigen Sitzung zu keinem anderen Votum kommen könne. Die Meinungsbildung sei bereits in der vergangenen Sitzung erfolgt.

Frau Bankwitz stellt dar, dass man sich nicht auf absolute Höhen einlassen sollte, sondern die Gestaltung von differenzierten Höhen lebt.

Herr Lehmann spricht sich für den Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel aus. Frau Hüneke spricht dafür, auch den Büroturm in die Überprüfung einzubeziehen.

Herr Dr. Seidel stellt dann folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlusstext möge ergänzt werden:

7. Im Rahmen der Auslegung ist die Höhenentwicklung in MK und GE-e1 zu überprüfen.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen hebt mit 8/0/1 den Beschluss in seiner Sitzung am 20.09.2005 auf.

Abstimmung des Ergänzungsantrages:

(neu)

7. Im Rahmen der Auslegung ist die Höhenentwicklung in MK und GE-e1 zu überprüfen.

Abstimmung: 9/0/0

Abstimmung des neuen geänderten Beschlusstextes:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 23 „Schiffbauergasse“ wird im südlichen Bereich erweitert.
2. Der Geltungsbereich des B-Planes Nr.23 „Schiffbauergasse“ wird geteilt in die Bereiche:
 - B-Plan-Nr.23 A „Schiffbauergasse-Nord“
 - B-Plan-Nr.23 B „Schiffbauergasse-Süd“
3. Die Abwägung der bisher eingegangenen Stellungnahmen wird gebilligt.
4. Der Bebauungsplanentwurf für den Teilbereich 23 B „Schiffbauergasse-Süd“ wird gemäß §3 Abs.2 BauGB öffentlich ausgelegt.
5. Die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 i.V. m. § 8 Abs. 3 BauGB wird öffentlich ausgelegt.
6. Es wird eine Erhaltungsbindung der Bestandsbäume nach dem Grünordnungsplan festgelegt.
7. Im Rahmen der Auslegung ist die Höhenentwicklung in MK und GE-e1 zu überprüfen.

Protokollvermerk

Der Ausschuss sieht die Option Wohnen im MK-Gebiet sehr kritisch. Er unterstreicht, dass eine derartige Nutzung keinesfalls zu Einschränkungen der kulturellen Nutzung im ZKS (Bühne) führen darf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

zu 2.2 Wiedervorlage - Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans-Nr. 35-1 'Nördliche Berliner Vorstadt'

Vorlage: 05/SVV/0653
FB Stadtplanung und Bauordnung

Siehe TOP Verständigung zur Tagesordnung. Die Behandlung der Vorlage wird auf die 2. Oktober-Sitzung des SB-Ausschusses vertagt.

zu 2.3 Wiedervorlage - Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 65 'Ruinenbergkaserne' und zugleich die öffentliche Auslegung der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes 'Ruinenbergkaserne'

Vorlage: 05/SVV/0656

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die vergangene Sitzung. Hier ist die Bitte an den Bildungs-/Sport-Ausschuss erfolgt, sich mit der Beschlussvorlage – Schulstandort – zu befassen. Der Bildungs-/Sportausschuss hat dies in seiner Sitzung am 21.09.05 mit folgendem Ergebnis getan:

Protokollzitat zum Beschluss: „Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der

DS 05/SVV/0656) hier der Punkt private Schulnutzung) zu.
Ebenfalls im Protokoll ist die Aussage von Frau H. Fischer vermerkt, dass es keine Bedenken gibt, was den Schulentwicklungsplan betrifft.

Herr Kümmel spricht sich trotz positiven Votums des Bildungsausschusses dagegen aus und stellt folgenden Ergänzungsantrag zur Abstimmung:

3. In den textlichen Festsetzungen und dem Plan laut Anlage 3 ist die Festsetzung „Zweckbestimmung Schule und Anlagen für soziale und sportliche Zwecke“ zu streichen.

Abstimmung: 2/5/2

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert auf Nachfrage, dass es Interessenten für das Wohnen in diesem Areal gäbe.

Herr Lehmann bittet die Aussage im Protokoll festzuhalten, dass die hier geplante Schule keine Konkurrenz zu anderen Schulen darstelle.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 65 „Ruinenbergkaserne“ mit integriertem Umweltbericht wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
2. Die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 8 Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:.....6

Nein-Stimmen:.....1

Enthaltungen:.....2

zu 2.4 Wiedervorlage - Abwägungs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 54 A 'Eigenheimsiedlung an der Kirschallee'

Vorlage: 05/SVV/0606

Auch hier informiert der Ausschussvorsitzende, dass die Behandlung bereits in der letzten Sitzung erfolgt sei. Herr Jäkel hatte folgenden Änderungsantrag eingebracht: neu: 3. Die entsprechenden Kleingartenersatzstandorte sind in Übereinstimmung mit dem Kleingartenentwicklungskonzept der Stadt Potsdam planungsrechtlich und vertraglich zu sichern, bevor der Satzungsbeschluss zum B-Plan 54 A gefasst wird. Die schrittweise Verlagerung betroffener Kleingärten ist gemeinsam mit dem VGS vorzubereiten.

Die Beigeordnete hatte die Prüfung und Stellungnahme für diese Sitzung zugesichert.

Frau Dr. von Kuick-Frenz legt dar, dass die Abstimmung mit den Kleingärtnern vor Ort erfolge. Es wird versucht, individuelle Lösungen für alle zu finden.

Herr Scheffler (KIS) bestätigt, dass intensive Gespräche geführt worden sind und noch werden. Ziel sei die Ermittlung der jeweiligen Interessenlagen der Pächter. Ein Teil wolle das Grundstück erwerben und dort bauen, ein Teil möchte auf ein anderes Gartengelände umziehen und ein Teil möchte gar nicht weg. Es ist vereinbart worden, bis zum Frühjahr eine Vereinbarung zu treffen und einen Vertrag

abzuschließen.

Es ist nicht die Absicht der Verwaltung zum Stichtag die Umwandlung in Bauland zu schaffen, sondern schrittweise. Als Zeitfaktor ist angedacht, im Zeitraum von 3-5 Jahren das Gebiet zu entwickeln.

Herr Jäkel hält an seinem Änderungsantrag fest; zugleich informiert er, dass der OU-Ausschuss sich für diese Ergänzung ausgesprochen hat.

Nach kurzer Verständigung der Teilnehmer ändert Herr Jäkel den anzufügenden Punkt:

Die für die Verlagerung notwendigen Kleingartenersatzstandorte sind in Übereinstimmung mit dem Kleingartenentwicklungskonzept der Stadt Potsdam planungsrechtlich und vertraglich zu sichern, bevor der Satzungsbeschluss zum B-Plan 54 A gefasst wird. Die schrittweise Verlagerung betroffener Kleingärten ist gemeinsam mit dem VGS vorzubereiten.

Abstimmung des Änderungsantrages: 8/0/1

ergänzter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur erneuten öffentlichen Auslegung von 1999, der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und des einfachen Änderungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr.54 A „Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“ wird gebilligt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 54 A „Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“ wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt.
3. Die für die Verlagerung notwendigen Kleingartenersatzstandorte sind in Übereinstimmung mit dem Kleingartenentwicklungskonzept der Stadt Potsdam planungsrechtlich und vertraglich zu sichern, bevor der Satzungsbeschluss zum B-Plan 54 A gefasst wird. Die schrittweise Verlagerung betroffener Kleingärten ist gemeinsam mit dem VGS vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:.....9

Nein-Stimmen:.....0

Enthaltungen:.....0

zu 3 Überweisungen - Anträge der Fraktionen

zu 3.1 Garagenkomplexe in Potsdam

Vorlage: 05/SVV/0272

Den Antrag bringt Herr Scharlock für den Antragsteller ein und begründet diesen.

Herr Scheffler (KIS) empfiehlt dem Ausschuss, dem Antrag nicht zu folgen. Es sollte kein pauschaler Bestandsschutz erfolgen. Zur Beleuchtung der Probleme im Einzelfall ist die Verwaltung bereit, mit einem Teil der Garagenvereine habe die Verwaltung bereits Kontakt aufgenommen.

Herr Kutzmutz drückt nochmals die Intention des Antrages aus. Ziel sei, dass mit den Vereinen gesprochen werden solle (ergebnisoffen); wenn der Nachweis vorliege, dass es entsprechende Angebote gibt, auch Lösungen zu finden (nach-

weisbare Verhandlungen mit den Garagenvereinen).

Frau Dr. von Kuick-Frenz bestätigt die Bereitschaft mit den Vereinen zu sprechen; dem Antrag könne jedoch nicht zugestimmt werden. Hier verweist sie auf die Gemeindeordnung, nach der Kommunale Grundstücke zu ihrem Verkehrswert zu veräußern sind; eine Subvention der Kaufpreise sei nicht möglich. Für die Garagenvereine bestünde die Möglichkeit, das jeweilige Garagengelände zum Verkehrswert von der Stadt Potsdam zu erwerben sofern die betreffenden Grundstücke frei von vermögensrechtlichen Ansprüchen sind und städtische Interessen einer Veräußerung nicht entgegenstehen. Trotz der zu führenden Gespräche, sollte es beim Abschluss von jährlich kündbaren Pachtverträgen bleiben.

Nach Meinungsäußerungen verschiedener Teilnehmer, u.a. auch dem Hinweis, dass Kleingärten und Garagen nicht „gleichgestellt“ werden sollten, erfolgt die Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über die städtischen Betriebe KIS und GEWOBA mit Garagennutzern bzw. deren Gemeinschaften, die auf Grundstücken dieser Betriebe Garagen errichtet haben, Verhandlungen im Hinblick auf die ab 1. Januar 2007 geltenden gesetzlichen Regelungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Garagenstandortes insbesondere zu folgenden Sachverhalten aufzunehmen:

- Vertraglich vereinbarte Mindestfristen für die Fortführung des Nutzungsverhältnisses und Verlängerungsoptionen,
- Regelungen zur beiderseitigen vorzeitigen Beendigung des Nutzungsverhältnisses und der damit verbundenen Entschädigungszahlungen an die Garagennutzer bzw. ihrer Beteiligung an den Abrisskosten,
- Grundsätze möglicher Verkehrswerterhöhungen der betroffenen Garagenstandorte und der sich daraus ergebenden Entgeltleistungen der Garagennutzer,
- Bedingungen für den Grundstückskauf oder eigentumsähnlichen Erwerb des Garagengrundstückes durch seine Nutzer.

Die Verhandlungen sind unverzüglich aufzunehmen und sollten bis 30.09.2006 abgeschlossen werden. Über die jeweiligen Ergebnisse ist im Finanzausschuss regelmäßig zu berichten, erstmalig zu seiner Sitzung im November 2005 als Bestandteil der Haushaltsdiskussion.

Mit dem Antrag wird größere Planungssicherheit für die Beteiligten geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:.....3

Nein-Stimmen:.....5

Enthaltungen:.....1

**zu 3.2 Verkehrsanbindung Humboldttring - Nuthestraße
Vorlage: 05/SVV/0490**

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Frau Dr. von Kuick-Frenz bittet um Ablehnung des Antrages und geht näher auf die bautechnischen und wirtschaftlichen sowie verkehrstechnischen Gründe ein. Weiterhin informiert sie, dass zu dieser Thematik bereits zwei mal der Runde Tisch getagt habe, der 3. Runde Tisch sei für den 15.11.05 terminiert. Die Diskussionen sollten an diesem bzw. bei folgenden Runden Tischen erfolgen.

Herr Jäkel bittet den Antrag abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in das Planvorhaben Sanierung Humboldtbrücke und Nuthestraße L 40 folgende Änderung einzuarbeiten:
Abweichend von der bisherigen Planung ist die Straßenanbindung des Humboldtringes in beide Richtungen an die Nuthestraße, auch bei Realisierung der Straßenbahn in Seitenlage, beizubehalten. Dazu sind Rampe und Brücke in vereinfachter Form (Treppenanlage zur mittigen Straßenbahnhaltestelle entfällt) zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Der Fußweg aus Zentrum-Ost über die Brücke ist in Abstimmung mit der Schlösserstiftung in geeigneter Weise an den Park Babelsberg direkt anzubinden. Der Erhalt des vorhandenen Parkplatzes hinter der Lotte-Pulewka-Straße wird planerisch bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:.....3

Nein-Stimmen:.....6

Enthaltungen:.....0

**zu 3.3 Sanierung Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 05/SVV/0491**

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass die Verwaltung die Einbringung einer Vorlage für die November-STVV vorgesehen habe.

Frau Mattek (Stadt- und Landesbibliothek) bestätigt die Information. Im (noch nicht beschlossenen) Haushaltsplanentwurf seien für die Planung bereits 300 T€ vorgesehen. Sinnvoll sei die Behandlung des Antrages gemeinsam mit der Vorlage der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass auch der Finanzausschuss die Behandlung unter diesem Aspekt zurück gestellt habe. Herr Dr. Seidel stellt den GO-Antrag, den Antrag zurück zu stellen und gemeinsam mit der von der Verwaltung angekündigten Vorlage zu behandeln.

Dafür spricht niemand.

Dagegen spricht sich Herr Jäkel aus.

Abstimmung des GO-Antrages: 6/2/1

Die Behandlung des Antrages wird für eine gemeinsame Behandlung mit der durch die Verwaltung angekündigten Vorlage vertagt.

Abstimmung: 6/2/1

zu 3.4 **Straßenreinigung wiederhergestellter Pflasterbeläge**

Vorlage: 05/SVV/0631

Herr Dr. Seidel bringt den Antrag ein.

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert, dass die Verwaltung den Auftrag annehmen würde. Zur Problematik der ungebundenen Fugenmaterialien wurden Probeflächen im Bereich der Wichgrafstraße angelegt und entsprechend der Herstellung und Beanspruchung über einen Zeitraum von einem Jahr beobachtet.

Herr Cornelius stellt den Antrag, das Wort denkmalpflegerisch im Beschlusstext zu streichen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz bittet für gründliche und umfangreiche Untersuchungen um Terminänderung auf STVV Februar 2006.

Verschiedene Teilnehmer äußern sich, u. a. zu

- auch Kleinsteinpflaster sollte untersucht
- Ausweitung der Untersuchungen sollte auf gesamtes Stadtgebiet erfolgen

Herr Dr. Seidel spricht sich dagegen aus, das Wort denkmalpflegerisch zu streichen. Auf Nachfrage von Herrn Cornelius bestätigt er, dass die Fußgängerzone im Auftrag enthalten bleibt. Damit zieht Herr Cornelius seinen Antrag zurück.

Herr Dr. Seidel als Antragsteller streicht die Einschränkung „in der Innenstadt“.

Herr Kleiner verweist auf die Step, hier sollten die verwendeten Kehrmaschinen überprüft werden.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis Februar 2006 ein Konzept zur schadensfreien Reinigung der mit großem Aufwand denkmalpflegerisch mit Pflasterbelag wiederhergestellten Straßen vorzulegen.

Darüber hinaus sind geeignete Maßnahmen vorzunehmen (Verfüllung leerer Fugen), um die eingetretene Schädigung der Pflasterung zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:.....5

Nein-Stimmen:.....0

Enthaltungen:.....4

zu 4 **Mitteilungsvorlagen**

zu 4.1 **Spindelstraße** **Vorlage: 05/SVV/0463**

Die Mitteilungsvorlage liegt den Teilnehmern vor.

Herr Jäkel erinnert, dass man die Thematik bereits in der Sitzung vor der Som-

merpause besprochen habe. Hier sei über den Beginn einer Verkehrszählung zum 15.6.05 informiert worden, das Ergebnis sollte dem Ausschuss mitgeteilt werden.

Herr Lehmann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) teilt mit, dass Stadtkontor die Absicht der Verkehrszählung verfolgt habe, aber aus finanz./technischen Gründen davon Abstand genommen hat. Im Zusammenhang mit der Prioritätenliste Stadtsanierung sei die Maßnahme in Priorität 3 eingeordnet worden. Damit wäre die Sanierung frühestens 2008 möglich. Deshalb ist es sinnvoll, wenn die Verkehrszählungen erst zu diesem Zeitpunkt erfolgen, um dann aktuelles Zahlenmaterial vorliegen zu haben. Herr Jäkel bittet diese Informationen zu Protokoll zu nehmen.

Herr Jäkel bittet festzuhalten, dass die Verkehrszählungen vor dem Sanierungszeitraum vorzunehmen sind, das Verkehrskonzept sei vorzulegen und ggf. nochmals im Ausschuss zu besprechen.

Frau Hüneke merkt an und bittet im Protokoll festzuhalten, dass die Ergebnisse der Verkehrszählung nicht automatisch zu einer Veränderung der Konzeption führen können.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

- zu 4.2 Anpassung aller Satzungen der kreisfreien Stadt Potsdam in Bezug auf den Ersatz von Sozialhilfeleistungen durch Arbeitslosengeld II ab 01.01.2005
Vorlage: 05/SVV/0692**
Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 5 Berichte und Informationen

- zu 5.1 Berichterstattung - Darstellung der Kosten und Umlageverfahren für die Erschließungsmaßnahmen im Gersthofweg (Bornim) - {Bitte von Herrn Dr. Seidel}**

vertagt auf die nächste Sitzung

zu 6 Sonstiges

Auf Bitte von Herrn Dr. Seidel/Frau Hüneke informiert Frau Dr. von Kuick-Frenz zur Pflasterung, Dorfstr. Kartzow. Die Verwaltung ist mit Schriftverkehr vom 13.09.04 aufgefordert worden, Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Verkehrs durchzuführen. Auch die Bürgerinitiative „Bürger für Kartzow“ habe von der Stadt die „behutsame Ausbesserung“ der Dorfstr. gefordert.

Die Verwaltung hat reagiert, in dem im Haltestellenbereich (Gefahrenabwehr) die Herstellung von vorhandenem Pflastermaterial in gebundener Bauweise in bituminöser Drainbettung vorgesehen ist (Fläche von 35 m²). Ebenfalls vorgeschlagen – zur Vergleichbarkeit von zwei Bauweisen – ist die Aufnahme des vorhandenen Pflasters und Wiederherstellung an gleicher Stelle mit vorgefundenen Betonmaterial und evtl. Materialvorgabe zum Profilausgleich. Dies sollte durch einen Mosaizist erfolgen (Fläche 25 m²).

Frau Hüneke verweist darauf, dass auf dieser Straße noch historisches Pflaster

vorhanden sei (Lesesteinstr.); diese hat jedoch Beschädigungen erfahren. Die Herstellung eines Probestückes wäre o.k. Bei der Sicherung des Haltestellenbereiches sollte die Sicherung der historischen Fläche im Vordergrund stehen, denkbar wäre für eine Probephase das Aufbringen einer Decke (techn. Lösung). Sie plädiert dafür, ein Musterstück in moderner Ausführung an anderer Stelle begutachten zu lassen.

Auch Herr Dr. Seidel schließt sich den Äußerungen an; er verweist darauf, dass ein probeweiser Neubau in jedem Fall den möglicherweise zu erhaltenden Bestand an dieser Stelle vollkommen zerstört.

Herr Kümmel erkundigt sich nach den Kosten? Frau Dr. von Kuick-Frenz sichert zu, die Angaben mit dem Protokoll zu liefern.

Frau Dr. von Kuick-Frenz bietet einen Vor-Ort-Termin an; der Auftrag (35 m²) wird zurück genommen.

Herr Cornelius erkundigt sich für den Fall, dass die ganze Straße im Ergebnis saniert werden würde, ob die Umlegung auf die Anlieger erfolgen wird.

Frau Dr. von Kuick-Frenz geht davon aus.

Frau Hüneke setzt hinzu, dass für diesen Fall ein Finanzierungskonzept/weitere Überlegungen notwendig wären.

Herr Lehmann nimmt Bezug auf den Artikel in der Presse zur Eröffnung eines dän. Möbellagers in der Großbeerenstr.. Hier sei von 1000 m² Einzelhandel die Rede.

Herr Lehmann erinnert an frühere Aussagen der Verwaltung, dass bereits 500 m² Einzelhandel (Aldi) abzulehnen sind?

Die Information dazu ist mit diesem Protokoll auszureichen.

Frau Hüneke bittet in der nächsten Sitzung um Informationen bzgl. der „Winterfestmachung“ Speicherstadt. Hierbei bezieht sie sich auf ein Informationsangebot der Beigeordneten im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage in der STVV.

Weiterhin bittet Frau Hüneke in der nächsten Sitzung um nähere Erläuterung zur Methode des Aufbaus von Pflasterstraßen mit Bitumenbett.

Herr Kümmel fragt nach der Fertigstellung der Planung des Knotens Fr.-Engels-Str./Nuthestraße (hier Bezug auf Beantwortung einer kleinen Anfrage). Er bittet darum, die Planung nach Fertigstellung im Ausschuss vorzustellen.

Dies wird von Frau Dr. von Kuick-Frenz zugesichert. Sie wird zusätzlich informieren, wann die Planung fertig sein wird.

Herr Jäkel erkundigt sich nach der Umsetzung des Beschlusses STVV bzgl. der Baumpflanzungen in der Charlottenstr.

Frau Dr. von Kuick-Frenz geht davon aus, dass in 2005 keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, zugleich verweist sie darauf, dass diese Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Fußweg vorgenommen werden müssten.

Sie sichert zu, in der nächsten Sitzung zu berichten.

Auf Nachfrage von Dr. Seidel bestätigt sie noch einmal, dass derzeit nur finanzielle Gründe einer Baumpflanzung entgegenstehen.

Frau Hüneke erkundigt sich nach dem Planungsstand Ausbau der Nuthestraße, Kreuzung Berliner Str., Behlertstr.

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert, dass grundsätzliche Fragen nach wie vor offen sind. Im Vorfeld potentieller Planung, werden Leitungen jetzt schon so verlegt, dass sie gegebenenfalls für Tunnel- oder Troglösung nutzbar wären. Hier handelt es sich um eine langfristige Planung – Beginn erst 2012.